

Schulsozialarbeit: Ausbau umstritten

Der Stadtrat legt an der nächsten Parlamentssitzung einen Antrag für die Aufstockung der Schulsozialarbeit vor. Die vorberatende Kommission spricht sich allerdings für eine Rückweisung aus. Vertiefere Abklärungen seien notwendig. Die Fraktionen sind gespalten.

PHILIPP HAAG

WIL. Die Positionen beim Ausbau der Schulsozialarbeit bewegen sich von der Unterstützung des stadtsträflichen Antrags bis zur Ankündigung, bei Annahme das Referendum zu ergreifen. Der Stadtrat möchte auf das Schuljahr 2014/2015 die Schulsozialarbeit in der Stadt Wil von gegenwärtig 305 Stellenprozent auf 555 Stellenprozent anheben. Der Ausbau um 250 Stellenprozent bringt jährlich wiederkehrende Kosten von 345'000 Franken mit sich, wie diese Zeitung bereits berichtete.

Der Graben durch die Parteien zeigt sich bereits bei der vorberatenden Kommission. Ausserst knapp, mit vier zu drei Stimmen, beschloss das Gremium, dem Antrag des Stadtrats ein Rückweisungsbegehren entgegenzustellen. Die Kommission fordert vom Stadtrat vertiefere Abklärungen. Er soll aufzeigen, wie der Ausbau der Schulsozialarbeit unter Einhaltung eines möglichst hohen Kostenausgleichs auf anderen Budgetpositionen eingeführt werden kann. Dies bedeutet so viel wie Kostenneutralität. Im weiteren soll der Stadtrat die Bedarfsermittlung der Stellenaufstockung in den einzelnen Schulhäusern nachvollziehbar darstellen. Die Kommission möchte weitere Informationen bezüglich der finanziellen Lage der Stadt Wil sowie der Berechnung der Stellenprozente in den einzelnen Schulhäusern erhalten.

«Schwächen der Vorlage»

Der Stadtrat wird es am nächsten Donnerstag schwer haben, seinen Antrag durchzubringen. Die Grünen Prowil unterstützen geschlossen den Rückweisungsantrag, wie Guido Wick auf Anfrage ausführte. Er verweist auf die bereits von der vorberatenden Kommission erwähnten «Schwächen der Vorlage». Ausserdem, und dies ist Wick wichtig, soll Kräften, die bereits angekündigt haben, bei einer Annahme das Referendum zu ergreifen, keine Argumente geliefert werden. Er möchte verhindern, «dass wir bei allfälligen Bestre-

bungen, eine Volksabstimmung herbei zu führen, mit schlechten Karten dastehen».

Zu den Kräften, die bereits von einem Referendum sprechen, gehört die SVP. Die Fraktion lehnt gemäss ihrem Präsidenten sowohl den Antrag des Stadtrats als auch denjenigen der vorberatenden Kommission ab. Für Mario Schmitt ist der Entscheid der vorberatenden Kommission ein Manöver, «um auf Zeit zu spielen und das Geschäft zu retten». Er empfindet es als nicht redlich, mit einer politischen Finte eine Volksabstimmung zu verhindern, «deren Ausgang bei der derzeit angespannten Finanzlage vorhersehbar ist». Für Schmitt ist es unver-

stänzlich, das bereits vorhandene strukturelle Defizit von 2,5 Millionen Franken auf gegen drei Millionen zu erhöhen. Sollte der Ausbau wider Erwarten angenommen werden, versucht Schmitt ein Ratsreferendum zustande zu bringen, wofür die Zustimmung von 15 Parlamentariern notwendig ist. Scheitert das Ratsreferendum, gehe er auf die Strasse und sammle die geforderten 500 Unterschriften für ein Referendum, «damit das Volk entscheiden kann».

«Kostenneutralität ist möglich»

Wie die Grünen Prowil stehen auch die Grünliberalen hinter der beantragten Rückweisung durch die vorberatende Kom-

mission. Die Fraktion sei der Meinung, eine Kostenneutralität sei erreichbar, sagt Erika Häusermann. Ausserdem bezweifelt sie, ob der Bedarf für 250 Stellenprozent tatsächlich ausgewiesen sei. Erika Häusermann misstraut den Richtwerten von Avenir Social und vermisst beispielsweise den Einbezug des schulpädagogischen Dienstes. Sie anerkennt aber die hohe Anzahl an Überstunden. Um diese sowie die Pendenzen abbauen zu können, hat die GLP laut Erika Häusermann einen Antrag in der Hinterhand: Die Aufstockung um 100 Stellenprozent. Ob dieser allerdings zum Zug kommt, entscheidet die Fraktion am Donnerstag situativ.

Ebenfalls einen eigenen Antrag, jedoch einen Rückweisungsantrag, wird die FDP vorgelegt. Den genauen Inhalt kann Mario Breu allerdings noch nicht bekanntgeben. Für den Fraktionspräsidenten stehen die Finanzen im Fokus. Er stellt denn auch in Frage, ob angesichts der angespannten Finanzlage gegenwärtig der richtige Zeitpunkt ist, einen Ausbau zu beantragen. Erst müsse die umfassende Aufgaben-/Leistungsüberprüfung «Effizienz Plus» abgewartet werden, durch welche mögliches Sparpotenzial ermittelt wird. Im Anschluss könne geprüft werden, ob – und falls Ja wie hoch – der Bedarf für eine Aufstockung vorhanden sei.

Breu spricht sich dafür aus, «Schritt um Schritt» vorzugehen.

«Ausbau ist notwendig»

Als einzige Fraktion unterstützt die SP den Antrag des Stadtrates. «Ein Ausbau ist dringend notwendig», sagt Kilian Meyer. Die Schule brauche eine leistungsfähige Schulsozialarbeit. Seit Jahren sei bekannt, dass die Pensen zu tief angelegt seien. «Damit muss nun Schluss sein», sagt Meyer. Eine Aufstockung dürfe nicht weiter hinausgeschoben werden. Wer die Kosten als Gegenargument nenne, der handle kurzfristig. Einerseits sei die Wirkung der Schulsozialarbeit unbestritten, womit mögliche künftige Kosten beispielsweise für eine teure Heimeinweisung eines renitenten Schülers verhindert werden könnten. Andererseits entspanne sich die Finanzlage nicht mehr so schnell. «Die Kosten können bei jedem Geschäft als Killer-Argument eingesetzt werden.» Eine Rückweisung kommt für Meyer einem Moratorium gleich, welches einige Jahre dauern könnte. Auch wehrt er sich, den Ausbau der Schulsozialarbeit mit dem Projekt «Effizienz Plus» in Zusammenhang zu bringen. «Die beiden Vorgänge müssen getrennt voneinander betrachtet werden», sagt Meyer.

Beide Lager vorhanden

Noch nicht entschieden hat die CVP. In der Fraktion seien aber beide Lager vertreten. Befürworter des Stadtratsantrags sowie Unterstützer des Vorstosses der vorberatenden Kommission, sagt Fraktionspräsident Reto Gehrig. Er gewann den Eindruck, ein Ausbau sei bei den meisten unbestritten, doch votierten einige für Kostenneutralität. Können an der Parlamentsitzung aufgezeigt werden, dass ein Teil der Kosten in anderen Bereichen kompensiert werden können, sieht er eine Chance für das Begehren. Gelingt dies nicht, ist er skeptisch. Er tendiert eher zum Rückweisungsantrag, da die Kosten eine wesentliche Rolle spielen. Auch findet er es wichtig, welche Ergebnisse die «Effizienz-Plus»-Analyse ergeben.

Keine Bühne mehr für Querulanten

Den Rückweisungsantrag bezeichnet **Marlis Angehrn** als zweitbeste Lösung. Durch den Ausbau der Schulsozialarbeit könne präventiv in die Stärkung des Umfelds von Störern investiert werden.

PHILIPP HAAG

Die vorberatende Kommission stellt beim Geschäft «Ausbau der Schulsozialarbeit» einen Rückweisungsantrag. Wie stehen Sie zu diesem Antrag?

Marlis Angehrn: Hinter unserem Konzept in Wil steht die folgende Überzeugung: Dass Störer in Schulklassen so viel Beachtung finden, hat immer etwas damit zu tun, dass das Umfeld ihnen eine «Bühne» bietet. Greift man ein, indem man den Störer entfernt und in eine teure Institution bringt, wird die «Bühne» in kurzer Zeit frei für denjenigen, der zuvor der «Zweitschlimmste» war, und das Theater beginnt von vorn. Das sind dann die sogenannten Klassen, in denen «der Wurm drin ist». Effektiv läuft man mit einem solchen Agieren, zwar gut gemeint, letztlich aber mit zu stark tätorianisiertem «Reparaturdienstverhalten» ständig bereits eskalieren Problemen hinterher. Klüger und billiger ist es, Ressourcen in die Stärkung und die Dynamik des Umfelds zu investieren, damit das Umfeld möglichst keine «Bühne» für Fehlverhalten von



Marlis Angehrn
Stadträtin, Vorsteherin Departement Bildung und Sport

Querulanten bietet. Hier setzt der präventive Gedanke der Schulsozialarbeit Wil an. Bei so eingesetzten Geldern bringt jeder investierte Franken unter dem Strich mehr Nutzen, als wenn man sich nur um die Bedürfnisse der Täter kümmert und wegschaut. Der Rückweisungsantrag ist so gesehen von drei möglichen Lösungen die zweitbeste, respektive die zweit-schlechteste, je nach Optik.

Was entgegnen Sie den Argumenten Kostenausgleich und Bedarfsabklärung?

Angehrn: Vom Rückweisungsantrag erhofft sich die Kommission

die nötige Zeit, um zuerst konkretere kostenausgleichende Pläne aus dem Projekt «Effizienz Plus» zu kennen, ehe man sich zur Vorlage Schulsozialarbeit äussert. Wer jedoch davon überzeugt ist, dass die beiden Extremvarianten des teuren nachträglichen «Reparaturdienstverhaltens» oder umgekehrt des «Wegschauens» letztlich teurer zu stehen kommen, wird keinen Widerspruch zum Projekt «Effizienz Plus» sehen. Die Vorlage entspringt der Haltung, auch bei Sozialausgaben die Frage nach ihrer Wirksamkeit und ihres Nutzens kritisch und frei von Tabus zu stellen. Gerade wer sich auch in diesem Bereich eine effiziente Ressourcennutzung wünscht, wird der Vorlage Gutes abgewinnen können.

Weshalb wird auf Richtwerte von Avenir Social abgestellt und nicht der effektive Bedarf in den Schulhäusern ermittelt?

Angehrn: Das Gegenteil ist der Fall. Es wurde der effektive Bedarf an den Schulen ermittelt. Die Richtwerte von Avenir Social wurden zur Plausibilitätsprüfung der resultierenden Werte

herangezogen. Die hohe Übereinstimmung darf vorausgesetzt werden: Denn wo sich Fachleute in einem bestimmten Gebiet mit vergleichbaren Zielen befassen, kommen sie hoffentlich auch zu ähnlichen Lösungsansätzen und Rezepten, sonst wären ihre fachlichen Überlegungen ungläubwürdig.

Weshalb war die Aufstockung der Schulsozialarbeit mit dem Hinweis auf die Kosten in den vergangenen Jahren aufgeschoben worden und wird nun bei angespannter Finanzlage vorgelegt?

Angehrn: Es fanden sich in der Vergangenheit immer plausible Gründe, um zu sagen, der Zeitpunkt sei der falsche. Insbesondere das Bergholz und die Gemeindevereinigung spielten eine Rolle. Als Stadratsmitglied ist man Teil eines Teams, das nicht fünf Stimmen nach aussen hat, sondern eine, und das die Gesamtheit der öffentlichen Aufgaben und ihre Entwicklung im Griff behalten muss. Ich war bei diesen Entscheiden stets dabei und habe sie ohne Wenn und Aber gegen aussen und innen mitgetragen.

Anzeige

FRANZ MÄCHLER, GLP, WIL
«Ich wähle Jutta Röösl, da sie lösungsorientiert und stark in der Kommunikation ist.»

6. Juli 2014
Schulratspräsidentin
JUTTA RÖÖSL

Frühschoppenkonzert in der Thurau

WIL. Das 62. St. Galler Kantonal-schützenfest geht bereits ins zweite Wochenende. Am Sonntag lässt es sich im Festzelt in der Thurau beschwingt in den neuen Tag starten. Bei Weisswurst, Brezeln und Getränken kann sich ab 10 Uhr die ganze Familie vom Frühschoppenkonzert der Burgstall Musikanten aus Bronschhofen mitreisen lassen. Der Eintritt ist frei. Die Blaskapelle «Burgstall Musikanten»

besteht aus Musikern, die sich im Jahr 2000 zusammen gefunden haben und sich seither über die Region hinaus einen guten Namen geschaffen haben. Mit ihrer böhmisch-mährisch orientierten Musik haben sich die Blasmusiker in die Herzen ihrer Fans gespielt.

Der Name der Musikkapelle bezieht sich auf den Burgstall, die ehemalige Burgstätte, oberhalb von Bronschhofen. (pd)



Die Burgstall Musikanten aus Bronschhofen.

Blauringgirls von damals gesucht

WIL. Der Blauring Wil feiert am 23. August sein 60-Jahr-Jubiläum. Zu diesem Anlass sind alle ehemaligen Mitglieder eingeladen. Gestartet wird mit einem Gottesdienst. Es folgt das Mittagessen. Bei Kaffee und Kuchen können die Teilnehmenden über gute alte Zeiten plaudern. (pd)

Interessierte melden sich bei Romina Furter, Othmarstrasse 24, 9500 Wil, falli@jublawil.ch.

Für alle unter 26 Jahren.
Mehr erleben. Mehr profitieren.

www.raiffeisen.ch/youngmemberplus

RAIFFEISEN